



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 29.04.2026

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 7. Mai 2026, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. **26-S-00-0001**
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. **26-S-00-0002**
Wahl der/des Vorsitzenden
3. **26-S-00-0003**
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
4. **26-S-00-0004**
Wahl von Verwaltungsbediensteten zu Schriftführerinnen/Schriftführern

Bereich Schule

5. 26-F-63-0033

Auswirkungen der geplanten Kürzungen bei Lehrerstunden an Integrierten Gesamtschulen auf Wiesbaden

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.04.2026-

Das Hessische Kultusministerium plant zum Schuljahr 2026/2027 Änderungen bei der Lehrerzuweisung an Integrierten Gesamtschulen. Betroffen sind insbesondere Jahrgänge, die vollständig binnendifferenziert unterrichtet werden. Nach Berichten sollen je nach Jahrgang bis zu 2,1 Lehrerwochenstunden pro Klasse entfallen; landesweit ist von erheblichen Stundenverlusten die Rede.

Integrierte Gesamtschulen leisten einen wichtigen Beitrag zu längerem gemeinsamem Lernen, individueller Förderung, Inklusion und Bildungsgerechtigkeit. Gerade Schulen mit heterogenen Lerngruppen sind auf ausreichende personelle Ressourcen angewiesen, um Schüler*innen mit unterschiedlichen Leistungsniveaus, Förderbedarfen und sozialen Ausgangslagen angemessen begleiten zu können. Auch in Wiesbaden gibt es mehrere Integrierte Gesamtschulen, darunter die IGS Kastellstraße, die IGS Rheingauviertel, die Hermann-Ehlers-Schule und die Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule.

Auch wenn die Lehrkräftezuweisung Landesaufgabe ist, hat die Landeshauptstadt Wiesbaden als Schulträgerin ein erhebliches Interesse daran, frühzeitig die konkreten Auswirkungen auf die Wiesbadener Schullandschaft, die Schulorganisation und die Förderangebote einschätzen zu können.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzulegen, welche Integrierten Gesamtschulen in Wiesbaden nach aktuellem Kenntnisstand von den geplanten Änderungen bei der Lehrerzuweisung betroffen wären,
2. zu berichten, mit welchen konkreten Stundenverlusten an den einzelnen Wiesbadener IGS nach aktuellem Stand zu rechnen ist,
3. darzustellen, welche Auswirkungen die Kürzungen auf Förderangebote, Binnendifferenzierung, Inklusion, Sprachförderung, Ganztagsangebote und weitere Unterstützungsstrukturen haben könnten,
4. zu berichten, ob den zuständigen städtischen Stellen, dem Staatlichen Schulamt oder dem Magistrat bereits Rückmeldungen der betroffenen Schulen, Elternvertretungen oder Schüler*innenvertretungen vorliegen,
5. darzulegen, welche kommunalen Handlungsmöglichkeiten die Landeshauptstadt Wiesbaden sieht, um mögliche negative Auswirkungen auf die Wiesbadener Schüler*innen abzumildern,
6. zu berichten, ob der Magistrat Gespräche mit dem Land Hessen, dem Staatlichen Schulamt, den kommunalen Spitzenverbänden oder anderen betroffenen Schulträgern zu den geplanten Änderungen führt oder plant.

6. 26-F-03-0001

Austausch mit dem Stadtschüler*innenrat

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2026-

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den Stadtschüler*innenrat (SSR) in den Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften einzuladen, um sich mit ihm zu seinem Forderungspapier vom 14. April 2026 auszutauschen.

7. 26-F-55-0002

Ganztagsangebote und Vereinskoooperationen
-Antrag der Fraktion Die Linke vom 27.04.2026-

Der „Pakt für den Ganzttag“ ist ein Modell, bei dem an Grundschulen und Grundstufen von Förderschulen an fünf Tagen in der Woche ein freiwilliges Betreuungsangebot von 7:30 Uhr bis 17:00 Uhr angeboten wird. In Wiesbaden nehmen derzeit 11 Schulen am Pakt für den Ganzttag

teil, mit insgesamt 2.679 Kindern (Stand August 2024). Bereits 62 % der Grundschul Kinder nutzen nun ein Nachmittagsbetreuungsangebot. Damit ist ein großer Schritt zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gemacht worden. Ab dem Schuljahr 2026/27 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder.

Wir wollen Wiesbaden zur familienfreundlichen Stadt in Deutschland entwickeln, in der jedes Kind die bestmöglichen Startchancen erhält. Eine gute Infrastruktur an Ganztagsbetreuung ist dafür eine Grundvoraussetzung und deshalb wollen wir in ein verlässliches Ganztagsangebot an allen Wiesbadener Grundschulen investieren. Der Ganzttag bietet - bei richtigem Ausbau - nicht nur eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern vor allem Chancen für den Abbau von Bildungsungleichheiten: Er ermöglicht auch eine vertiefte Förderung, Freizeitangebote, wie Sport, Musik und Kunst.

Dafür wollen wir die notwendigen Räumlichkeiten schaffen, fördern multiprofessionelle Teams und unterstützen die Entwicklung pädagogischer Konzepte, die Lernen und Freizeit sinnvoll verbinden und allen Kindern gleiche Bildungschancen ermöglichen. Wir wollen für gut ausgestattete Schulsporthallen und qualifizierte Sportangebote für den Ganztagsbereich sorgen. Wir unterstützen die Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen, um Kindern vielfältige Sportarten näherzubringen, Talente zu entdecken und den Nachwuchs in den Vereinen zu stärken.

Nachhaltige und gerechte Bildung gelingt nur, wenn Grund- und weiterführende Schulen zu echten Ganzttagsschulen werden. Sie ermöglichen allen Kindern - unabhängig von Herkunft oder familiären Ressourcen - Lernförderung, soziale Erfahrungen und vielfältige Angebote durch Kooperationen mit Vereinen und Bildungsanbietern. So profitieren besonders Kinder, die außerhalb der Schule weniger Unterstützung haben.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) an allen Wiesbadener Grundschulen eine systematische Bedarfserhebung im Hinblick auf den Ausbau des Ganztagsangebots durchzuführen. Dabei sollen
 - a. die bestehenden Kooperationen sowie weitere Bedarfe zur Zusammenarbeit mit externen Partnern (insbesondere Sportvereinen, Kulturträgern und weiteren Bildungsanbietern) erfasst werden.
 - b. die Bedarfe der Grundschulen hinsichtlich der sportlichen Infrastruktur im Kontext des Ganztags ermittelt werden, insbesondere im Hinblick auf Sporthallen, Außensportflächen und Bewegungsräume sowie deren ganztägige Nutzbarkeit und Sanierungs- bzw. Ausbaubedarf.
 - c. den Bedarf an räumlichen Anpassungen und baulichen Maßnahmen zur Umsetzung eines verlässlichen Ganztagsangebots erfassen, insbesondere hinsichtlich Mensen, Aufenthalts- und Betreuungsräumen sowie Lern- und Ruhezonen.

- d. den sich aus dem Ganztagsausbau ergebenden Bedarf an zusätzlichem Personal sowie an organisatorischer und finanzieller Unterstützung der Schulen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden ermittelt werden.
- 2) die Ergebnisse der Bedarfserhebung in eine Gesamtauswertung überführen und diese als Grundlage für die stadtweite Weiterentwicklung des Ganztagsangebots an Grundschulen sowie der Kooperationen mit externen Partnern dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften vorzulegen und zu veröffentlichen.
- 3) die ermittelten notwendigen finanziellen Mittel sowie den Personalmehrbedarf für den Haushalt 2027 anzumelden.
- 4) zu prüfen, inwieweit im Zusammenhang mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung eine anteilige Kostenbeteiligung von Land und Bund auf Grundlage des Konnexitätsprinzips geltend gemacht werden kann.

Bereich Kultur

8. 26-F-60-0001

Landesbeitrag für das Stadtmuseum
-Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Volt vom 29.04.2026-

Als die Sammlung Nassauischer Altertümer (SNA) - die heute den Grundstock und Hauptteil der Stiftung Stadtmuseum ausmacht - vor 18 Jahren vom Land Hessen der Landeshauptstadt Wiesbaden geschenkt wurde, sagte das Land Hessen zu,

1. den geplanten Neubau des Museums mit einem Zuschuss in Höhe von 5 Mio. € zu unterstützen
 2. Personalkosten zur wissenschaftlichen Betreuung der SNA zu bezuschussen.
- Das Land Hessen, das auch bis heute einen Vertreter im Stiftungsrat hat, wollte auf diese Weise zeigen, dass es sich der (zwar abgetretenen, aber grundsätzlich bestehenden) Verantwortung für die Zukunft der SNA bewusst ist.

Der damals geplante Neubau ist bekanntermaßen zweimal gescheitert. Da es nun konkrete Pläne für die Realisierung des Museums gibt, erhalten die damaligen Zusagen des Landes besondere Relevanz. Daher sollte unbedingt vor einer finalen Beschlussfassung über die Standortfrage des Stadtmuseums erneut Kontakt mit dem Land Hessen aufgenommen werden, um über den Fortbestand damaliger Zusagen zu sprechen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, zu berichten, inwieweit die damaligen Zusagen des Landes aus seiner Sicht noch Bestand haben und in die aktuellen Planungen für einen neuen Standort eingeflossen sind bzw. einfließen werden. Sofern die damaligen Zusagen keinen Eingang in die laufenden Planungen gefunden haben, soll der Magistrat mit dem Land Hessen diesbezüglich in Kontakt treten.

Bereich Städtepartnerschaft und Europa

9. Verschiedenes (alle Bereiche)

Tagesordnung II

1. 26-V-40-0003 DL 09/26-3

Werner-von-Siemens-Schule Mehrkosten Turnhalle und Freigabe 2. Bauabschnitt

2. 25-F-63-0089

Schule gegen Rassismus

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 24.11.2025,
Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 27.01.2026-

Der Bericht des Magistrats steht im politischen Informationssystem zur Verfügung.

3. 26-F-63-0001

Erfahrungen mit dem 1:1-iPad-Einsatz an Wiesbadener Schulen

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 20. Januar 2026,
Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 03.03.2026-

Der Bericht des Magistrats steht im politischen Informationssystem zur Verfügung.

4. 23-F-69-0048

Wiesbaden dauerhaft als Fluxus-Stadt etablieren

-Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21. Juni 2023, Bericht des
Magistrats (Dezernat III) vom 20.04.2026-

Der Bericht des Magistrats steht im politischen Informationssystem zur Verfügung.

5. 25-V-41-0031 DL 08/26-3

Heidenmauer; Weiterverfolgung Wettbewerbsergebnis zur Schaffung eines Witterungsschutzes

6. 26-V-41-0002 DL 08/26-6

Aberkennung der Ehrenbürgerwürde der Landeshauptstadt Wiesbaden für Adam Herbert (1887-1976) und Wilhelm von Opel (1917-1948) der Empfehlung der Historischen Fachkommission folgend

7. 26-V-41-0003 DL 08/26-7

Kontextualisierung von durch die Historische Fachkommission empfohlenen nach Personen benannten Verkehrsflächen der Landeshauptstadt Wiesbaden

8. 26-V-41-0004 **DL 08/26-8**
Staatstheater Wiesbaden; Sanierung Bühnen- und Beleuchtungstechnik

9. 26-V-41-0008 **DL 08/26-9**
Umbenennung von durch die Historische Fachkommission empfohlenen nach Personen
benannten Verkehrsflächen, Gebäuden und Einrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sofia Karipidou
Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin